

Berufungsentscheidung

Der Unabhängige Finanzsenat hat über die Beschwerde des G., vom 1. September 2005 gegen die Berufungsvorentscheidung des Zollamtes Linz vom 28. Juli 2005, Zahl 500/07549/2/2005, betreffend Festsetzung einer Zwangsstrafe entschieden:

Der Beschwerde wird Folge gegeben.

Der angefochtene Bescheid wird aufgehoben.

Entscheidungsgründe

Mit Bescheid vom 30. Mai 2005, Zahl 500/15078/2/2004, setzte das Zollamt Linz gegenüber der Beschwerdeführerin (Bf.) eine Zwangsstrafe in Höhe von € 100,00 fest. Der an die Bf. gerichtete Vorhalt sei unbeantwortet geblieben und die nicht vertretbare Leistung nicht erbracht worden.

Dem liegt die Nichterledigung eines gemeinschaftlichen externen Versandverfahrens (T1) zu Grunde. Die über Aufforderung des Zollamtes vorgelegten Unterlagen wurden nicht als Alternativnachweis gemäß Art. 365 Zollkodex-Durchführungsverordnung (ZK-DVO) anerkannt. Zur Abgabenvorschreibung wurde daher die Bekanntgabe

- der Warennummer oder der genauen Warenbeschreibung laut Österreichischem Gebrauchszolltarif,
- die Höhe der Hinzurechnungskosten
- sowie die Vorlage einer Handelsfaktura oder Wertnachweises

verlangt.

Gegen diesen Bescheid wurde mit Eingabe vom 7. Juni 2005 Berufung eingelegt. Unter Hinweis auf die zwischenzeitliche Anzeige der Masseunzulänglichkeit wurde vorgebracht, dass trotz der befristeten Fortführung des gemeinschuldnerischen Unternehmens in der Zeit zwischen Konkurseröffnung am 26. März 2004 und dem 2. Juli 2004 die tatsächliche administrative Tätigkeit durch die S erfolgt sei. Der Masseverwalter sei darauf angewiesen gewesen, dass die Mitarbeiter dieser Firma die entsprechenden Unterlagen beibringen. Seine Kanzlei habe am 23. Mai 2005 bei der S die Erledigung der Angelegenheit urgiert. Es sei ihm daraufhin mitgeteilt worden, dass bereits am 30. November 2004 die Angelegenheit erledigt worden wäre und demnach der Vorhalt offenbar irrtümlich ergangen sein müsste.

Nach Zustellung des nunmehr angefochtenen Bescheides sei ihm das Schreiben vom 30. November 2004 und die damals übermittelten Kopien zur Verfügung gestellt worden. Diese würden nunmehr neuerlich vorgelegt werden. Wäre die Erledigung vom 30. November 2004 unvollständig gewesen, hätte im Vorhalt vom 4. Mai 2005 ausdrücklich erklärt werden müssen, warum die seinerzeitige Erledigung nicht ausreichend gewesen sei. Die Zwangsstrafe sei daher zu Unrecht verhängt worden.

Die Berufung wurde mit Berufungsvorentscheidung, Zahl 500/07549/2/2005, vom 28. Juli 2005 (zugestellt am 2. August 2005) als unbegründet abgewiesen. Das Zollamt führte in seiner Begründung aus, dass bis zum Zeitpunkt der bescheidmäßigen Festsetzung der Zwangsstrafe weder die Bemessungsgrundlagen für die Eingangsabgabenvorschreibung bekannt gegeben, noch ein gültiger Alternativnachweis im Sinne des Art. 365 ZK-DVO vorgelegt worden sei. Die Vorschreibung der Zwangsstrafe sei somit zu Recht erfolgt.

Die Anzeige der Masseunzulänglichkeit sei für das Schicksal der Berufung ohne Belang, da die rechtmäßige materiellrechtliche Festsetzung der Zwangsstrafe zu prüfen sei.

Dem Vorbringen, dass das Zollamt Linz der Berufungswerberin nicht vorgehalten habe, weshalb die mit Schreiben vom 30. November 2004 vorgelegten Unterlagen keine geeigneten Nachweise darstellen, sei entgegenzuhalten, dass dies ohne Belang sei, da vielmehr entscheidungswesentlich sei, dass die mit Vorhalt vom 4. Mai 2005 eindeutig beschriebene Leistung seitens der Berufungswerberin nicht erbracht wurde. Dem Berufungsbegehren könne daher nicht Rechnung getragen werden.

Mit Eingabe vom 1. September 2005 wurde dagegen der Rechtsbehelf der Beschwerde erhoben. Begründend führte die Bf. aus, dass im angefochtenen Bescheid die Zollbehörde zwar zu geben müsse, dass mit Schreiben vom 27. Mai 2005 Unterlagen vorgelegt worden sind, warum diese Unterlagen kein Alternativnachweis im Sinne des Art. 365 ZK-DVO sein sollen, werde allerdings nicht ausgeführt. Es sei daher für die Bf. nicht zu erkennen, welche Unterlagen das Zollamt wirklich benötigt hätte. Wenn allenfalls damit zum Ausdruck gebracht

werden solle, dass irgendwelche Originale erforderlich gewesen wären, so sei das Zollamt auf die Praxis aller in- und ausländischen Zollbehörden zu verweisen, dass auch auf Anfragen keine Originale über die Urkunden ausgestellt werden, sondern nur Kopien.

Im Weiteren wurde auf die Bestimmungen des Art. 96 und 97 Zollkodex (ZK) hingewiesen.

Eine Mangelhaftigkeit des Verfahrens ergebe sich auch daraus, dass die vom Zollamt praktizierte unterschiedliche Verwendung von Geschäftszahlen zu einer Verwirrung der Parteien führe.

Schließlich wurde wiederholend auf die vorliegende Masseunzulänglichkeit hingewiesen, wodurch der vom Zollamt behauptete Anspruch nach den Bestimmungen der Konkursordnung zu behandeln sei. Die Ausführungen des Zollamtes im angefochtenen Bescheid würden an diesen Überlegungen völlig vorbei gehen.

Über die Beschwerde wurde erwogen:

Gemäß § 111 Abs. 1 BAO sind die Abgabenbehörden berechtigt, die Befolgung ihrer auf Grund gesetzlicher Befugnisse getroffenen Anordnungen zur Erbringung von Leistungen, die sich wegen ihrer besonderen Beschaffenheit durch einen Dritten nicht bewerkstelligen lassen, durch Verhängung einer Zwangsstrafe zu erzwingen.

Zweck der Zwangsstrafe ist es, die Abgabenbehörde bei der Erreichung ihrer Verfahrensziele zu unterstützen und die Partei zur Erfüllung abgabenrechtlicher Pflichten zu verhalten (vgl. Ritz, BAO³ § 111 Tz 1).

Gemäß Art. 96 ZK ist der Hauptverpflichtete Inhaber des externen gemeinschaftlichen Versandverfahrens. Als solcher hat er die Waren innerhalb der vorgeschriebenen Frist unter Beachtung der von den Zollbehörden zur Nämlichkeitssicherung getroffenen Maßnahmen unverändert der Bestimmungsstelle zu gestellen bzw. die Vorschriften über das gemeinschaftliche Versandverfahren einzuhalten. Solche Vorschriften ergeben sich beispielsweise aus den Artikeln 358 und 359 ZK-DVO.

Aus den genannten Vorschriften ergibt sich für einen Hauptverpflichteten jedoch keine gesetzliche Verpflichtung eine Handelsrechnung bzw. sonstige Wertnachweise über alle von ihm eröffneten Versandverfahren aufzubewahren bzw. zur Verfügung der Zollbehörden zu halten. Kann der Hauptverpflichtete keine Faktura über die in das Versandverfahren übergeführten Waren beibringen und auch keine über die Erklärungen in der Versandanmeldung hinausgehenden Angaben über die Einreichung der Waren in den Zolltarif machen, hat dies zur Folge, dass die Bemessungsgrundlagen nach Maßgabe von § 184 BAO in Verbindung mit Art. 31 ZK

zu schätzen sind. Die Leistung kann jedoch nicht mittels Festsetzung einer Zwangsstrafe erzwungen werden.

Selbst wenn man die Anforderung der Unterlagen auf die Auskunftspflicht nach § 143 BAO stützen würde, könnte man im vorliegenden Fall nicht mit einer Zwangsstrafe vorgehen. Die Pflicht, Auskünfte wahrheitsgemäß nach besten Wissen und Gewissen zu erteilen, betrifft nur Tatsachen des Wissenskreises des Befragten. Die Auskunftsperson muss jedoch nicht Erkundigungen bei Dritten einholen oder sich Unterlagen von Dritten beschaffen (vgl. Ritz, BAO³ § 143 Tz 7). Da nach der Aktenlage die Bf. im vorliegenden Fall weder Verkäuferin bzw. Rechnungsausstellerin noch Käuferin bzw. Rechnungsempfängerin der versandten Waren war, müssten die Rechnung(en) bzw. sonstige Wertnachweise zur Erfüllung der Aufforderung aber von Dritten beschafft werden.

Daraus ergibt sich, dass es auch an der Voraussetzung mangelt, dass es sich bei der zu erbringenden Leistung um eine solche handeln muss, die sich wegen ihrer besonderen Beschaffenheit durch einen Dritten nicht bewerkstelligen lässt.

Die Festsetzung einer Zwangsstrafe gegenüber der Bf. war daher im vorliegenden Fall nach Ansicht des Senates rechtswidrig.

Die Verwendung von unterschiedlichen Aktenzahlen für einzelne Verfahrensschritte vermag hingegen eine Mängelhaftigkeit des gegenständlichen Verfahrens nicht aufzuzeigen. Der Zusammenhang ist aus den Erledigungen des Zollamtes durch die Anführung der jeweiligen Vorzahl durchaus erkennbar.

Die Ausführungen hinsichtlich des Alternativnachweises in der Beschwerdeschrift gehen insofern ins Leere, als vom Zollamt nicht dessen Vorlage unter Androhung einer Zwangsstrafe verlangt worden ist. Eine allfällige rechtswidrige Nichtanerkennung der Unterlagen als Alternativnachweis wäre gegebenenfalls im Berufungsverfahren betreffend die Abgabenvorschreibung geltend zu machen. Ein weiteres Eingehen auf diese Frage erübrigt sich daher.

Im Hinblick auf das Nichtvorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für die Festsetzung einer Zwangsstrafe erübrigt sich aber auch ein Eingehen auf die Frage der geltend gemachten Auswirkungen der angezeigten Masseunzulänglichkeit.

Innsbruck, am 23. März 2006